

B E S C H L U S S

aus der Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung vom 29.06.2021

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Schulentwicklungsplanung 2020/2021 - 2024/2025 - Teilplanung Gymnasien -

Vorlage Nr. VL 413/2021

Zum Antrag der FDP- Fraktion auf geheime Abstimmung, beantragt Frau Bialowons- Sting für die CDU- Fraktion, die Abstimmung nicht geheim durchzuführen.

Es sei das gute Recht der Schüler und Eltern ihre Argumente einzubringen und für oder gegen ihre Schule zu demonstrieren. Aufgabe des Schulträgers sei es jedoch, den Fokus auf alle Schulen zu richten, so Herr Dezernent Schmidt. Seit Jahren sei allen Beteiligten bekannt, dass es notwendig sei, Einschnitte im Gymnasialbereich zu machen. Es sei zu viel Oberstufen- und Gymnasialkapazität vorhanden. Der Verwaltung sei immer vorgehalten worden, in diesem Zusammenhang keine Vorschläge zu unterbreiten. Die Entwicklungen aller weiterführenden Schulen hätten im diesjährigen Anmeldeverfahren keine Überraschungen gebracht und bestätige die langjährige Entwicklung. Wer sich die Anmeldungen am PPR in den letzten 10 Jahren ansehe, erkenne einen massiven Rückgang an Schülern. Es sei allen Schulleitungen klar gewesen, dass es bei Einschnitten jeden treffen könne. Damit müsse man sich auseinandersetzen. Es bestehe auch die Aufgabe, sich an Recht und Gesetz zu halten. Es gelte das Schulgesetz NRW, wo Verfahren zur Zügigkeit, Klassengrößen usw. beschrieben sei. Seit mindestens zwei Anmeldeverfahren habe man sich darüber hinweg gesetzt und sei eigenverantwortlich davon abgewichen. Es sei jetzt an der Zeit, die notwendigen Maßnahmen umzusetzen. Wer sich in der Schulpolitik auskenne, erkenne den notwendigen Handlungsbedarf und benötige dazu eigentlich keine Ermahnung der Bezirksregierung.

Der Hinweis der Bezirksregierung sei aber erfolgt und er bitte, dem Beschlussvorschlag zu folgen und am PPR das Anmeldeverfahren für das nächste Schuljahr auszusetzen.

Zur Frage des Ganztages führt Herr Dezernent Schmidt aus, diese sei seitens der Bezirksregierung beantwortet worden. Wer sich seinerzeit bewusst für den Ganztags an dem Gymnasium entschieden habe, behalte diesen Anspruch bis zum Ende seiner Schullaufbahn. Dieser Anspruch werde dann auch ermöglicht.

Erfolgt keine Anmeldungen mehr, stelle sich die Frage nach der sofortigen Schließung oder des Auslaufens der Schule. Die Schulverwaltung habe die Verantwortung, den Blick auf die gesamten Schulen zu richten. Beweggrund zur sofortigen Schließung und Ausweisung des Standortes Rosterberg als Teilstandort des Löhrtorgymnasiums sei, dass die 10 benötigten Züge an den verbleibenden Gymnasien auch raummäßig dargestellt werden müssten. Bisher sei man davon ausgegangen, dass das Gymnasium Löhrtor räumlich einen vierten Zug nicht realisieren könne. Es gebe jedoch jetzt Signale von der Schulleitung, möglicherweise den vierten Zug am Standort einrichten zu können. Sei dies der Fall, würde die Argumentation, das PPR werde als Teilstandort des Löhrtorgymnasiums zur Einrichtung des vierten Zuges benötigt, entfallen. Die Verwaltung werde dies als Schulträger gemeinsam mit der Schulleitung und der Schulaufsicht über die Sommerpause prüfen und schlage daher einen geänderten Beschlussvorschlag vor. Sei die Realisierung möglich, werde dies dem Ausschuss in einer weiteren Sitzung dargelegt und dem Rat zur Beschlussfassung vorgeschlagen. Zweiter Beweggrund für den Verwaltungsvorschlag sei gewesen, dass das Auslaufen eines Systems dieses immer kleiner und schwächer mache bis hin zu dem Zeitpunkt, wo es nicht mehr funktioniere, vor allem, da das PPR bereits ein kleines System sei. Dem habe man mit dem Vorschlag der Gewährleistung des Ganztages am Standort, aber als Teilstandort des Gymnasiums Löhrtor entgegenwirken wollen. Werde das Raumprogramm nunmehr überprüft, wolle man dies aus Gründen der Fairness auch für das Gymnasium Auf der Morgenröthe tun. Auch deren Schulleitung habe Stellung genommen. Auch hier müsse das Ziel die Dreizügigkeit des Gymnasiums Auf der Morgenröthe sein. Aufgrund des bestehenden Raumprogrammes sei die strittige Frage, ob das Gebäude und die vorhandenen Optionen auch für eine Übergangszeit diese Möglichkeit biete. Eine Abstimmung zwischen Schulleitung, Schulträger und Schulaufsicht werde über die Sommerpause erfolgen. Sollte die Möglichkeit bestehen, würde das FJM dreizügig, das Gymnasium Löhrtor vierzügig und das Gymnasium Auf der Morgenröthe dreizügig und die Ausgeglichenheit sei erreicht.

Herr Dezernent Schmidt stellt anhand einer Präsentation die geänderten Beschlussvorschläge vor.

⇒ *Die Präsentation ist der Original-Niederschrift als Anlage beigelegt. Im elektronischen Ratsinformationssystem ist sie unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt zu sehen.*

Mit einem Auslaufen des Systems sei den derzeitigen Schülern des PPR eher gedient als mit einer sofortigen Schließung, so Herr Heilmann. Die Verwaltung habe den Auftrag des Rates erhalten, die Auswirkungen einer 4. Gesamtschule auf die gesamte Schullandschaft zu prüfen. Die Ergebnisse lägen noch nicht vor. Es stelle sich für ihn die Frage, ob die heutige Entscheidung diese Prüfung überflüssig mache.

Die Einrichtung einer vierten Gesamtschule werde eine große Umwälzung der Schullandschaft in Siegen bedeuten. Dieser Prüfauftrag lasse sich nicht über die Sommerpause abarbeiten. Das Ergebnis, sowohl ob das Potential dafür vorhanden sei oder man es räumlich realisieren könne, sei offen. Die vorgelegten Beschlussvorschläge der Verwaltung für die Gymnasien verbauten nichts, so Herr Dezernent Schmidt. Die Zustimmung zu den FDP-Anträgen verhindere die vierte Gesamtschule, da diese Vorschläge große Umwälzungen, nämlich vier Schulschließungen und zwei Neugründungen mit den entsprechenden Umzügen beinhalten. Auch diese Anträge könnten nicht über die Sommerpause abgearbeitet werden.

Wenn es eine vierte Gesamtschule gebe, werde der Standort des PPR benötigt. Es mache keinen Sinn, dort etwas anderes zu etablieren und dann die neugegründete Realschule nach zwei Jahren wieder ausziehen zu lassen.

Nach 15 Jahren gebe es endlich eine Lösung, so Herr Pfeifer, und er hoffe, dass diese funktioniere. Bereits damals sei festgestellt worden, dass ein Gymnasium zu viel vorhanden sei. Die Zeit sei weitergelaufen, die sich daraus ergebenden Erkenntnisse seien geblieben. Aus dieser Lage heraus müsse gehandelt werden. Natürlich hätten die Eltern der Schüler des PPR Sorgen und Fragen, wie es für ihre Kinder weitergehe. Diese Fragen seien schwieriger zu beantworten, wenn das PPR Teilstandort des Löhrtorgymnasiums werde und eine direkte Übernahme erfolge. Bei einem Zeitraum von z. B. 3 Jahren, laufe das PPR ganz normal aus und das Gymnasium Löhrtor habe Zeit sich auf die Synthese der beiden Systeme einzustellen. Er halte dies für eine vernünftige Lösung, die auch das Löhrtor entlaste. Nach der Übergangszeit sehe man weiter. Richtig seien 10 Gymnasialzüge, Standorte im Norden, in der Mitte und im Süden sowie die Dreizügigkeit. Unter einer Dreizügigkeit verliere ein Gymnasium die fachliche und sachliche Qualität. Die SPD- Fraktion befürworte den Vorschlag und bitte Schüler und Eltern um eine gewisse Akzeptanz.

Herr Schloos ist skeptisch, für ihn ist eine Eingliederung des PPR in das System des Löhrtorgymnasiums aus organisatorischen und pädagogischen Gründen ausgeschlossen. Entsprechende Zeitungsveröffentlichungen der Schulleitungen hätten deutlich gemacht, dass beide Schulen dies auch nicht wünschten. Der Ganztags sei am Gymnasium Löhrtor nicht gewollt. Er glaube nicht, dass dies dann an der Schule, auch wenn es nur für eine Übergangszeit sei, funktioniere. Das Gymnasium Löhrtor habe ein anderes Profil und eine anderes Bild von seiner Elternschaft und habe in seiner Geschichte deutlich signalisiert, welches soziale und pädagogische Konzept ihm vorschwebte.

Die FDP- Fraktion unterstütze das dreigliedrige Schulsystem, so Herr Hörnberger. Man sei der Auffassung, dass eine vierte Gesamtschule aufgrund der vorhandenen Kapazitäten nicht benötigt würde und der Prüfauftrag negativ ausfallen werde. Die FDP handele im Sinne dessen, dass die aktuelle Schullandschaft gestärkt und gesichert werde. Vieles von Herrn Pfeifer könne er bestätigen, auch der geänderte Beschlussvorschlag der Verwaltung enthalte Neues. Aufgrund der Wendungen und der möglichen Variablen beantrage er eine Sitzungsunterbrechung, um sich mit den Änderungen des Beschlussvorschlages zu beschäftigen und mit den Anträgen abgleichen zu können. Die Problematik des Ganztages, der auslaufen müsse, werde gesehen, der Ganztags müsse aber sichergestellt werden, so dass verschiedene Modelle von vorneherein nicht funktionieren, auch seien bestimmte Versionen von den Schulen nicht gewollt.

Die Volt- Fraktion unterstütze den Antrag der FDP- Fraktion auf Sitzungsunterbrechung, so Herr Wittenburg.

Mit Ziffer 2 b sei er nicht glücklich, so Herr Heilmann. Die Standorte seien räumlich getrennt, die Organisation stelle er sich schwierig vor, auf der anderen Seite verbaue man damit doch den Standort Rosterberg.

Herr Dezernent Schmidt nimmt zu den Wortmeldungen von Herrn Schloos und Herrn Heilmann Stellung. Die Entscheidung, ob eine Schule in Ganztagsform oder nicht geführt werde, entscheide der Schulträger. Die Entscheidung werde nicht gegen die Schule getroffen, diese stehe aber heute nicht zur Diskussion. Die Verwaltung bitte dem Rat drei Beschlüsse zu empfehlen,

- dass das PPR nicht mehr am Anmeldeverfahren teilnehme,
- dass Schülerinnen und Schülern, die in ihrer Gemeinde eine Schule der gewählten Schulform Gymnasium besuchen können, die Aufnahme verweigert wird, wenn die Zahl der Anmeldungen die Aufnahmekapazität der Schule übersteigt,
- dass die Zügigkeit der dann drei städtischen Gymnasien ab dem Schuljahr 2022/2023 auf insgesamt 10 Züge festgelegt wird.

Alles andere seien Prüfaufträge. Die Vierzügigkeit des Gymnasiums Löhrtor betreffe eine Übergangszeit, bis die Prüfung der Gesamtschulfrage abgearbeitet sei. Man wolle nicht erneut in die Situation kommen, eine neue Schule zu gründen und keine Konsequenzen für die restlichen Schulen zu ziehen. Seitens der Verwaltung habe man einen ausgewogenen Vorschlag einbringen wollen, der den Prozess, sowie Anregungen der Schulen und der Schulleitungen beinhalte, um den Prozess sinnvoll zu Ende zu bringen.

Frau Bialowons- Sting führt aus, die CDU- Fraktion werde dem geänderten Beschlussvorschlag und den Prüfaufträgen folgen.

Die UWG habe sich vor 30 Jahren aufgrund der Schulproblematik gegründet. Ein Gymnasium mit weniger als drei Zügen bringe keine Qualität. Die UWG- Fraktion werde kein Gymnasium zugunsten einer vierten Gesamtschule opfern. Drei Gesamtschulen in Siegen seien ausreichend. Werde eine vierte Gesamtschule gegründet und von Schülern aus dem Umland gespeist, was nicht zulässig sei, sei dies problematisch. Er befürworte die Sitzungsunterbrechung, um noch einige Fragen zu klären, so Herr Bell.

Auf Antrag der drei Fraktionen FDP, Volt und UWG wird die Sitzung von 17.00 Uhr bis 17.10 Uhr unterbrochen.

Herr Wittenburg kritisiert, dass man entscheidende Informationen erst in der Sitzung erhalten habe und grundsätzlich die Art und Weise, wie die Vorlage, die man offensichtlich nicht mit den Schulen abgestimmt habe, in den Ausschuss und die Öffentlichkeit gekommen sei. Dies habe zu großer Unruhe in der Siegener Schullandschaft geführt. Die Volt- Fraktion werde zum heutigen Termin der Vorlage nicht zustimmen. Im Rahmen der Prüfung, müssten folgende Fragen vor einer Entscheidung noch mitberücksichtigt werden:

- Wer übernimmt die Schulleitung und was passiert mit der jeweiligen anderen Schulleitung?
- Wie lassen sich die unterschiedlichen räumlichen und personellen Konzepte zusammenführen?
- Das PPR sei derzeit das einzige Gymnasium des gemeinsamen Lernens. Welches Gymnasium übernimmt diese Aufgabe bei einer Zusammenführung?
- Wie werden die Klassen der beiden Standorte aufgeteilt (horizontal oder vertikal)?
- Der Verwaltungsvorschlag besage, dass Siegener Schüler bevorzugt behandelt werden müssten bzw. auswärtige Schüler abgelehnt werden sollten. Bei den Gesamtschulen

werde nicht gleichartig verfahren. Wie bringe man diese Haltung zusammen? Schwäche man damit nicht das Gymnasium Auf der Morgenröthe, wenn Lernende aus dem Umland abgewiesen würden?

Die Volt- Fraktion stimme nicht über ein Wenn/ Dann- Szenario ab und er wolle die anderen Fraktionen ermutigen, dies ebenfalls nicht zu tun.

Ergänzend stellt Herr Wittenburg den Änderungsantrag:

- Das PPR erarbeitet ein Konzept unter der Überschrift „Gymnasium mit Aufbauzweig“ und legt dieses Konzept dem Ausschuss für Schule und Bildung in der nächsten Sitzung vor. Der Ausschuss entscheidet darüber, ob dieses Konzept über die Verwaltung nach Düsseldorf gegeben wird, damit dort über einen möglichen Schulversuch entschieden wird.

Leider könnten Schulen mit Aufbauzweig nur noch über die Möglichkeit eines Schulversuches gebildet werden, so Herr Wittenburg. Ein solches Konzept könne dem Wunsch der Eltern und auch dem Wunsch nach einer weiteren Gesamtschule entgegenkommen und könne eine Lösung sein.

Bis zur Sitzungsunterbrechung sei die Diskussion sachlich und fachlich gewesen, so Herr Dezernent Schmidt. Er ist irritiert über den Vorwurf, Neues in die Diskussion gebracht zu haben, da die Verwaltung lediglich die sich in der Kommunikation und im Prozess konstruktiv ergebenden Vorschläge und Anregungen aufgegriffen habe. Gleichzeitig würden absolut neue Themen und teilweise Absurdes eingebracht.

Der Schulträger habe außer dem Anhörverfahren mit der Frage der Schulleitung nichts zu tun. Wie die Schulleitung sich organisiere und wer es werde, obliege dem Dienstherrn und den gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren. Als Lehrer müsste dies bekannt sein.

Zur Gesamtschule müsste auch bekannt sein, dass entsprechend dem Schulgesetz die für eine Gründung notwendigen 100 Schüler und Schülerinnen aus Siegen nachgewiesen werden müssten. Auswärtige Schüler spielten in der Gründungsgenehmigung der Schule keine Rolle.

Die Frage des Aufbaugymnasiums sei für ihn abwegig, er hoffe, dass die Ausschussmitglieder der Auffassung folgen und dies nicht noch in die Diskussion bringen.

Die Frage des gemeinsamen Lernens werde jedes Jahr entschieden. Auch hier gebe es bestimmte Verfahren und gebe es eine Schule nicht mehr, werde in den vorgeschriebenen Verfahren entschieden wer die Aufgabe übernehme.

In der Sitzung des Arbeitskreises Schulentwicklungsplanung seien alle Fragen besprochen und die Verfahren beschrieben worden, auch wie es mit dem Gemeinsamen Lernen weitergehe, so Herr Dezernent Schmidt.

Herr Hörnberger hält den Beschlussvorschlag für konstruktiv und mehrheitsfähig und sieht sich in der Lage, soweit die Prüfung auch bauliche Änderungen einbeziehe, den 3. Änderungsantrag der FDP- Fraktion auf die Sitzung zu verschieben bis zu der die Prüfaufträge geprüft sein sollen. Den 2. Änderungsantrag verschiebe man ebenfalls auf diese Sitzung, da dieser Antrag im Kontrast zur Verwaltungsprüfung stehe, beim 1. Änderungsantrag seiner Fraktion sehe man kein Entgegenkommen der Verwaltung und werde ihn aufrechterhalten. Um den Eltern zu zeigen, wer für oder gegen eine Schließung sei, nehme man den Antrag auf geheime Abstimmung zurück, auch um deutlich zu machen, welche Parteien Gymnasien

schließen, um den Weg für die 4. Gesamtschule zu bereiten, was zur Schließung weiterer Schulen und somit zur Beerdigung des dreigliedrigen Schulsystems führe.

Herr Hörnberger bittet, über die Beschlussvorschläge einzeln abstimmen zu lassen.

Herr Schloos schließt sich dem an, dass die Erkenntnisse nicht plötzlich gekommen seien. Dennoch könne er der Vorlage nicht zustimmen, da für ihn, obwohl bestätigt worden sei, dass der Ganztags Bestandsschutz habe, viele Fragen diesbezüglich offen geblieben seien. Er sei überzeugt, dass Schulleitung, Kollegium und Elternschaft des Löhrtorgymnasiums diesen Teil des PPR nicht wollen und nicht müde werden deutlich zu machen, dass es nicht zu ihnen passe.

Eine sofortige Schließung solle nicht beschlossen werden. Dadurch, dass eine sorgfältige Prüfung stattfinde, seien noch Wege offen, so Herr Kraft. Er halte den Vorschlag für einen Kompromiss, der auch die Skepsis aufnehme und berücksichtige.

Die Position der Fraktion Die Grünen zur Gesamtschule sei bekannt und es könne jeder sehen, wie deren Mitglieder abstimmen. Da dies die anderen Fraktionen ebenso sehen, wäre die FDP- Fraktion mit ihrem Antrag gescheitert, so Herr Heilmann. Er sei froh über das Publikum. Ihm fehlten aber die Worte, vor Publikum ein Drohszenario aufzubauen, wenn man keine Argumente habe. Mit Schulexperimenten habe er persönlich Schwierigkeiten, da Schüler und Schülerinnen nur ein Schulleben haben. Kontraproduktiv sei, wie es der FDP- Antrag vorsehe, es noch ein Jahr zu versuchen und somit einen ganzen Jahrgang zu hintergehen. Er halte es für den falschen Weg, denn würde die notwendige Zahl von Anmeldungen nicht erreicht, sei es gescheitert und man hätte Eltern mit falschen Versprechungen gelockt. Die Anträge, die die gesamte Schullandschaft ins Rutschen und alle Schulen durcheinanderbringe, hätten als einziges Ziel die Verhinderung der vierten Gesamtschule.

Der 1. Änderungsantrag enthalte den „Deal“ mit dem PPR, erreiche man 54 Anmeldungen, gehe es weiter, kritisiert Herr Pfeifer. So könne man keine Schulpolitik betreiben. Nach dem Antrag 2 solle die Fusion der beiden Schulen sofort erfolgen. Inkonsistenter könnten Anträge unter Berücksichtigung der im Antrag 1 genannten Anmeldezahlen nicht mehr sein. Würden insgesamt nur 10 Züge benötigt, mache eine Vierzügigkeit des Löhrtors keinen Sinn, sondern nur die 4-3-3- Variante.

Einen Antrag einer liberalen Partei unter den Augen von Publikum auf geheime Abstimmung bei einer Sachfrage halte er für peinlich und die Begründung dazu für absurd.

Mehrere Arbeitskreissitzungen hätten stattgefunden, so Frau Langemeyer. Grund für die heutige Sitzung sei das Vorgeben der Bezirksregierung, dass schulpolitische Maßnahmen notwendig seien. Im ersten Anmeldeverfahren hatte das PPR ca. 35 Anmeldungen. In Siegen hätten sich damit 35 Familien für ein Ganztagsgymnasium entschieden. Werde keine Entscheidung getroffen, habe die Bezirksregierung klargestellt, dass Ausnahmegenehmigungen nicht mehr erteilt würden. Dies bedeute, dass die Kinder, die an ihrem Wunschgymnasium abgelehnt würden, nur noch auf das PPR gehen könnten. Sie sehe die Sorgen der Eltern der PPR- Schülerschaft, aber auch die der anderen Eltern, deren Kinder sich gezwungenermaßen für den Ganztags entscheiden müssen. Das Thema müsse sensibel behandelt werden. Sie widerspreche, dass der Beschluss zur Schließung eines Gymnasiums gleichbedeutend für das Öffnen des Weges zur vierten Gesamtschule sei. Das Verfahren sei offen und werde geprüft.

Die Prüfung müsse sorgfältig erfolgen und werde einige Zeit dauern. Beides müsse man getrennt sehen.

Die Beschränkung auf 10 Züge der Gymnasien habe nichts mit der vierten Gesamtschule zu tun, sondern sei der jetzigen Situation geschuldet, so Herr Dr. Vallana.

Frau Bialowons-Sting beantragt für die CDU- Fraktion, über den Beschlussvorschlag im Gesamten abzustimmen.

Frau Flohren kritisiert und bedauert, dass nunmehr Dinge in den Raum geworfen würden, die mit einer Sachdiskussion nichts mehr zu tun hätten und Schulen gegeneinander ausgespielt würden. Dies erschüttere sie. Zu den Anmeldezahlen der Vorjahre erinnert sie daran, dass diese auch Abweisungen anderer Schulen enthielten. Sie bedauere, dass das Angebot nicht wie gewünscht angenommen werde. Andererseits habe das PPR das Ganztagskonzept vor zwei Jahren gegen den ausdrücklichen Wunsch des Ausschusses verwässert und komme dem Halbtage immer näher. Jede Schule habe in den letzten Jahren Schwierigkeiten gehabt, ihre jeweiligen Konzepte vorzustellen, da Tage der Offenen Tür ausgefallen seien.

Zu dem Einwand des Experiments entgegnet Herr Wittenburg, diese Bezeichnung sei von ihm nicht gefallen. Es handele sich auch nicht um einen Schulversuch, da das Aufbaugymnasium erst seit drei Jahren nicht mehr als reguläre Schulform gelte, so dass man bereits vorhandene Konzepte übernehmen könne. Er führt aus, was ein solcher Aufbauzweig für das PPR bedeuten würde und hält es für einen Vorteil gegenüber den Schülern und Schülerinnen, die eine Haupt-, Realschule oder Gesamtschule besuchen, da man sich langsam an das gymnasiale Niveau anpasse. Für diejenigen, die bereits ein Gymnasium besuchen, bedeute der Wechsel auf ein Aufbaugymnasium die Chance, eventuell vorhandene Defizite aufzuarbeiten. Bezogen auf das PPR wäre der Antrag der Volt- Fraktion, einen Aufbauzweig ab der Klasse 7 auszuführen. Das PPR wäre dafür perfekt, auch für die Kinder mit eingeschränkter Gymnasialempfehlung, würde im Gegensatz zu den Gesamtschulen kleine Lerngruppen erhalten und der Ganztage bliebe bestehen. Eine Prüfung halte er für möglich und könne dazu führen, dass das PPR erhalten bleibe.

Die Faktenlage werde nicht bestritten, so Herr Hörnberger. Man setze aber einen anderen Maßstab an den Elternwillen. Die Anträge seien mit Parteien und Eltern abgesprochen. Man sehe dreizügige Gymnasien für sinnvoll und notwendig, was derzeit bei zwei Schulen nicht der Fall sei.

Aufbaugymnasien und Aufbaurealschulen stammten aus den 70er Jahren. Zum Glück sei eine weitere Zwischenform zwischen dem dreigliedrigen Schulsystem abgeschafft, so Herr Pfeifer.

Er stimmt Herrn Pfeifer zu und sei froh, dass sich der Wildwuchs an Schulformen langsam sortiere, so Herr Schloos. Zu den Beschlüssen sei sein Anliegen die Sicherstellung, dass die Kinder nicht untergehen und ihn interessiere, wie der Prozess des zugesagten Ganztags moderiert werden könne, damit er gelinge.

Es zeichne sich ab, dass das PPR nicht mehr aufnehmen und eigenständig auslaufen solle, so Herr Dezernent Schmidt. Man benötige die Vierzügigkeit am Löhrtor. Dies werde geprüft. Die zweite Variante komme nur zum Zug, wenn dies nicht möglich sei. Rechtlich sei dann klar, dass das PPR sofort geschlossen und der Standort Rosterberg Teilstandort des Löhrtors werde. Die Schulleitung würde mit der Schulaufsicht und dem Schulträger abstimmen, wie die ehemaligen Schüler des PPR ihre Schullaufbahn am Teilstandort Löhrtor abschließen können.

Zu § 10 (5) der Geschäftsordnung beantragt Herr Wittenburg die Richtigstellung von Unterstellungen von Herrn Dezernent Schmidt. Er sei Lehrer, aber Ausführungen unter der Gürtellinie könne man sich sparen. Auch habe er an den Arbeitskreissitzungen teilgenommen und aufgepasst, alle anderen Dinge weise er zurück und seien unnötig. Darüber hinaus solle sich Herr Schmidt Gedanken darüber machen, in welcher Art und Weise man mit Ratsmitgliedern umgehe.

Der Antrag auf geheime Abstimmung der FDP- Fraktion wurde zurückgezogen.

Der Antrag, über den Beschlussvorschlag en block abzustimmen, wird bei **11 Ja- Stimmen und 5 Nein- Stimmen** mehrheitlich angenommen.

Herr Kraft stellt fest, dass der Verwaltungsvorschlag gegenüber dem Antrag der FDP- Fraktion der weitest gehende Vorschlag ist, da über das sofortige Aussetzen des Anmeldeverfahrens entschieden werden soll.

Da keine Möglichkeit besteht, über die Teilanträge abzustimmen und die Anträge nur auf die weitere Sitzung verschoben sind, lehne die FDP- Fraktion die Verwaltungsvorlage ab, so Herr Hörnberger.

Der Verwaltungsvorschlag wird als Ganzes unter Berücksichtigung der in der Präsentation enthaltenen Ergänzungen zur Abstimmung gestellt.

Herr Kraft stellt fest, durch das Annehmen des Verwaltungsvorschlages seien die Anträge der FDP- Fraktion und der Volt- Fraktion obsolet.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Schule und Bildung des Rates der Universitätsstadt Siegen beschließt die nachstehenden Maßnahmen:

1. Das Ganztagsgymnasium Peter-Paul-Rubens-Gymnasium, Rosterstraße 143, 57074 Siegen, nimmt am Anmeldeverfahren des Schuljahres 2022/2023 nicht mehr teil.

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Entscheidung im Rat zu prüfen, inwiefern sich die beabsichtigte Vierzügigkeit des Gymnasiums Am Löhrtor im eigenen Schulgebäude (Oranienstraße 27, 57072 Siegen) – genehmigungsfähig durch die Schulaufsicht – verwirklichen lässt.

- a. Sollte dies der Fall sein, wird dem Rat der Universitätsstadt Siegen vorgeschlagen, das Peter-Paul-Rubens-Gymnasium ab dem Schuljahr 2022/2023 (01.08.2022) sukzessive aufzulösen.
 - b. Sofern sich die beabsichtigte Vierzügigkeit des Gymnasiums Am Löhrtor nicht im eigenen Schulgebäude (Oranienstraße 27, 57072 Siegen) verwirklichen lässt, wird dem Rat der Universitätsstadt Siegen vorgeschlagen, das Peter-Paul-Rubens-Gymnasium zum Schuljahresende 2021/2022 (31.07.2022) zu schließen und ab dem 01.08.2022 übergangsweise als Teilstandort des Gymnasiums Am Löhrtor zu führen.
2. Für die Gymnasien wird gemäß § 46 Abs. 6 Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Schulgesetz NRW – SchulG) festgelegt, dass Schülerinnen und Schülern, die in ihrer Gemeinde eine Schule der gewählten Schulform Gymnasium im Sinne des § 10 SchulG besuchen können, die Aufnahme verweigert wird, wenn die Zahl der Anmeldungen die Aufnahmekapazität der Schule übersteigt.
3. Die Zügigkeit der dann drei städtischen Gymnasien wird ab dem Schuljahr 2022/2023 auf insgesamt 10 Züge festgelegt.
Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Entscheidung im Rat zu prüfen, inwiefern sich eine durch die Schulaufsicht genehmigungsfähige Dreizügigkeit im Übergang im Bestandsgebäude des Gymnasiums Auf der Morgenröthe verwirklichen lässt.
- a. Sollte dies nicht möglich sein, wird dem Rat der Uni-versitätsstadt Siegen vorge-schlagen, je 4 Züge für das Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium und das Gymnasium Am Löhrtor sowie 2 Züge für das Gymnasium Auf der Morgenröthe festzulegen
 - b. Sofern sich eine Dreizügigkeit des Gymnasiums Auf der Morgenröthe im Übergang im Bestandsgebäude verwirklichen lässt, wird dem Rat der Universitätsstadt Siegen die nachstehende Verteilung der Zügigkeit vorgeschlagen.

<u>Fürst-Johann-Moritz-</u>	<u>3 Züge</u>
<u>Gymnasium</u>	
<u>Gymnasium Am Löhrtor</u>	<u>4 Züge</u>
<u>Gymnasium Auf der Morgenrö-</u>	<u>3 Züge</u>
<u>the</u>	

Für die schulorganisatorischen Maßnahmen nach Ziff. 1 und 3 ist das Genehmigungsverfahren nach § 81 Abs. 3 SchulG einzuleiten.

Beratungsergebnis: 13 Stimmen dafür, 3 dagegen, 0 Enthaltungen
@ATZ@

4. AfSuB 29.06.2021

